

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	XI
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XVII
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XIX
<b>Einleitung: Anlass und Gang der Untersuchung</b> .....	1
<b>Kapitel 1: Anwaltliche Datenverarbeitung und Datenschutzkontrolle in der Diskussion</b> .....	7
A. Die Datenverarbeitung im anwaltlichen Mandat. ....	7
B. Die Systematik der Datenschutzkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland .....	11
C. Der Streitstand zur Datenschutzkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung .....	16
<b>Kapitel 2: Die anwaltliche Fremd- und Eigenkontrolle de lege lata</b> .....	27
A. Die Vorstände der Rechtsanwaltskammern als „sektorale Organe“ der datenschutzrechtlichen Fremdkontrolle? .....	27
B. Die Datenschutzaufsichtsbehörden und ihre Befugnis zur Fremdkontrolle der mandats- bezogenen Datenverarbeitung .....	62
C. Die Bestellung eines betrieblichen Datenschutz- beauftragten zur Eigenkontrolle in der Anwaltskanzlei. ....	90
D. Zwischenbilanz. ....	95
<b>Kapitel 3: Die Kontrolle im Spannungsfeld von Betroffenenschutz und Rechtspflege</b> .....	97
A. Effektiver Betroffenenschutz als organisato- rische Anforderung an die Datenschutz- kontrolle .....	97
B. Mandatsbezogene Datenverarbeitung, anwalt- liche Unabhängigkeit und Kontrolle .....	111
C. Möglichkeiten zur Übertragung von Kontrollbefugnissen auf die Kammern .....	118

<b>Kapitel 4:</b>	<b>Die europäische Perspektive de lege ferenda</b>	<b>127</b>
A.	Vorüberlegungen zur Tragweite einer Datenschutz-Grundverordnung	127
B.	Spezielle Rechtsfolgen für die Kontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	136
C.	Zwischenbilanz	148
<b>Kapitel 5:</b>	<b>Endergebnis in Thesen</b>	<b>149</b>
<b>Anhang/Materialien</b>		<b>151</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung: Anlass und Gang der Untersuchung</b> .....	<b>1</b>
<b>Kapitel 1: Anwaltliche Datenverarbeitung und Datenschutzkontrolle in der Diskussion</b> .....	<b>7</b>
A. Die Datenverarbeitung im anwaltlichen Mandat .....	7
I. Typische Verarbeitungsvorgänge im Mandatsverlauf ....	7
II. Der Anwalt als interessensgebundener Datenver- arbeiter. ....	9
B. Die Systematik der Datenschutzkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland .....	11
I. Die Grundstrukturen .....	11
1. Eigenkontrolle .....	11
2. Fremdkontrolle. ....	12
II. Sonderformen der Datenschutzkontrolle .....	14
C. Der Streitstand zur Datenschutzkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung .....	16
I. Ungeklärte Fremdkontrollbefugnisse von Rechtsanwaltskammern und Datenschutzbehörden ....	16
1. Der Standpunkt der Rechtsanwaltskammern. ....	17
2. Der Standpunkt der Datenschutzbehörden .....	19
3. Weitere Rechtsauffassungen .....	20
4. Vorläufige Stellungnahme .....	22
II. Unklarheiten bei der Bestellung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten .....	23
1. Der Streitstand zur Eigenkontrolle .....	23
2. Vorläufige Stellungnahme. ....	25
<b>Kapitel 2: Die anwaltliche Fremd- und Eigenkontrolle de lege lata</b> .....	<b>27</b>
A. Die Vorstände der Rechtsanwaltskammern als „sektorale Organe“ der datenschutzrechtlichen Fremdkontrolle? .....	27
I. Rechtshistorische Erwägungen .....	27
1. Die deutschen Anwaltvereine und die Adaption des französischen Kammermodells .....	27
2. Die Organisation der Rechtsanwaltskammern nach Maßgabe der RAO von 1878. ....	29
3. Die Zeit des Nationalsozialismus und die Neuord- nung nach 1945 .....	30

4. Einordnung in die Problematik und rechtshistorische Interpretation .....	32
II. Der gesetzliche Aufgabenbereich der Kammer- vorstände .....	33
1. Datenschutzkontrolle als eigenständige Aufgabe im Sinne von § 73 BRAO? .....	34
a) Benannte und unbenannte Kompetenzen .....	34
b) Keine unbenannte Kompetenz zur Datenschutz- kontrolle nach § 73 Abs. 1 S. 3 BRAO .....	35
2. Datenschutzkontrolle als spezieller Aspekt der Berufsaufsicht .....	36
a) Grundsätzliche Erwägungen .....	36
b) Das Berufsgeheimnis als spezielle Grundlage datenschutzrechtlicher Pflichten von Rechts- anwälten? .....	37
(1) Das anwaltliche Berufsgeheimnis als histo- rischer Vorgänger des modernen Daten- schutzrechts. ....	38
(2) Datenschutzrechtliche Aussagen der §§ 43a Abs. 2 BRAO, 203 StGB. ....	42
aa) Die Anwendbarkeit des Berufsgeheim- nisses auf personenbezogene Daten. ....	44
i) Die Verletzung von Privatgeheim- nissen nach § 203 StGB. ....	44
ii) Die Pflicht zur Verschwiegenheit nach § 43a Abs. 2 BRAO. ....	48
bb) Der Schutz der informationellen Selbst- bestimmung durch das Berufsgeheimnis. .	50
c) Die Handaktenregelung nach § 50 BRAO. ....	52
d) Zum Vorliegen sonstiger datenschutzrechtlicher Kontrollgegenstände .....	53
III. Der Vollzug der Berufsaufsicht über die Pflicht zur Verschwiegenheit. ....	55
1. Die Belehrung und das „Zwischeninstrumentarium“. .	56
2. Das Recht zur Rüge .....	57
a) Voraussetzungen und Hindernisse. ....	57
b) Der Verfahrensablauf. ....	59
B. Die Datenschutzaufsichtsbehörden und ihre Befugnis zur Fremdkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung. .	62
I. Historie der Datenschutzaufsichtsbehörden. ....	62
II. Die Anwendbarkeit der Befugnisnorm des § 38 BDSG. .	63
III. Zum Vorliegen eines tauglichen Kontrollgegenstandes – Die Anwendbarkeit des materiellen Datenschutzrechts des BDSG .....	66

1. Der Streitstand zur Anwendbarkeit des BDSG .....	67
a) Die verfassungsrechtlichen Erwägungen Rüpkes..	67
b) Die Auffassung der Datenschutzbehörden .....	69
c) Weitere Rechtsauffassungen .....	70
2. Eigene Beurteilung der Anwendbarkeit des BDSG ...	72
a) Verfassungsrechtliche Erwägungen .....	73
b) Die Auswirkungen des § 1 Abs. 3 S. 1 BDSG .....	75
(1) Der materiell-rechtliche Regelungsansatz des BDSG.....	76
(2) Schlussfolgerungen für die Anwendung von § 1 Abs. 3 S. 1 BDSG.....	77
(3) Die Auswirkungen des § 1 Abs. 3 S. 2 BDSG. .	79
3. Zwischenbilanz zur Anwendbarkeit des § 38 BDSG ..	80
III. Die Ausübung der Fremdkontrolle durch die Aufsichtsbehörden .....	81
1. Befugnisse zur Sachverhaltsaufklärung.....	81
a) Auskunftsrechte nach § 38 Abs. 3 BDSG.....	82
b) Betretungs-, Prüfungs-, Besichtigungs- und Einsichtsrecht nach § 38 Abs. 4 S. 1 und S. 2 BDSG .....	85
2. Unterrichtsbefugnisse und Anordnungs- befugnisse .....	86
a) Unterrichtung des Betroffenen nach § 38 Abs. 1 S. 6 BDSG .....	86
b) Anordnungsrechte nach § 38 Abs. 5 S. 1 BDSG....	87
c) Anordnungsrechte nach § 38 Abs. 5 S. 2 BDSG....	88
3. Sonstige relevante Befugnisse und Pflichten .....	88
a) Handhabung der Bußgeldtatbestände nach § 43 BDSG .....	88
b) Anzeigepflicht nach § 38 Abs. 1 S. 8 i.V.m. § 23 Abs. 5 BDSG .....	89
c) Abberufung des Datenschutzbeauftragten nach § 38 Abs. 5 S. 3 BDSG .....	89
4. Rechtsschutz gegen aufsichtsbehördliche Maßnahmen .....	89
C. Die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten zur Eigenkontrolle in der Anwaltskanzlei .....	90
I. Die anwaltliche Pflicht zur Bestellung nach § 4 f. Abs. 1 BDSG .....	90
II. Bestellung und Kontrolle des Datenschutzbeauftragten. .	92
D. Zwischenbilanz.....	95

<b>Kapitel 3: Die Kontrolle im Spannungsfeld von Betroffenenschutz und Rechtspflege</b>	97
A. Effektiver Betroffenenschutz als organisatorische Anforderung an die Datenschutzkontrolle	97
I. Das Gebot der Effektivität und seine rechtlichen Grundlagen	97
II. Die Aufsichtsbehörden und Rechtsanwaltskammern als effektive Kontrollstellen?	100
1. Die Effektivität der Kontrolle durch die Datenschutzaufsichtsbehörden	100
a) Die Debatte um die „völlige Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörden“ und die Recht- sprechung des EuGH	101
b) Einschränkung der Effektivität der Kontrolle durch § 1 Abs. 3 S. 2 BDSG?	103
2. Die Effektivität der Berufsaufsicht durch die Rechtsanwaltskammern	107
B. Mandatsbezogene Datenverarbeitung, anwaltliche Unabhängigkeit und Kontrolle	111
I. Exkurs: Die Auswirkungen der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die institutionelle Kontrollorganisation	111
II. Mandatsbezogene Datenschutzkontrolle unter der Bedingung der Selbstverwaltung?	113
1. Mandatsbezogene Datenverarbeitung als Teilaspekt der Unabhängigkeit anwaltlicher Berufsausübung	113
2. Die Wahrung der „staatlich unabhängigen mandats- bezogenen Datenverarbeitung“ durch das Prinzip der Selbstverwaltung	116
C. Möglichkeiten zur Übertragung von Kontrollbefugnissen auf die Kammern	118
I. Notwendigkeit von gesetzlichen Neuregelungen	118
II. Rechtspolitische Änderungsvorschläge	119
1. Die Entwürfe zur Änderung und Ergänzung der BRAO	120
2. Eigene Änderungsvorschläge	121
<b>Kapitel 4: Die europäische Perspektive de lege ferenda</b>	127
A. Vorüberlegungen zur Tragweite einer Datenschutz-Grundverordnung	127
I. Die Regelungssystematik des aktuellen Entwurfs	127
II. Der Entwurf der EU-Kommission in der Diskussion	130
1. Besteht eine hinreichende Gewährleistung des Grundrechtsschutzes?	130

2. Die Vereinbarkeit einer Unionsregelung mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	132
III. Auswirkungen auf die Anwendbarkeit des BDSG. ....	135
B. Spezielle Rechtsfolgen für die Kontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung .....	136
I. Die Anwendbarkeit der Verordnung auf die mandatsbezogene Datenverarbeitung .....	136
II. Die Fremdkontrolle .....	137
1. Stellung und Aufgaben der Aufsichtsbehörden .....	137
2. Die Ausübung der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde .....	140
a) Zugriffs und Zugangsrechte im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung .....	140
b) Die sonstigen Kontrollbefugnisse .....	142
c) Rechtsbehelfe gegen aufsichtsbehördliches Handeln .....	143
3. Fortbestand der „datenschutzrechtlichen Doppel-aufsicht“? .....	143
III. Die Eigenkontrolle .....	144
1. Die Pflicht zur Benennung eines Beauftragten .....	144
2. Person und Stellung des Beauftragten .....	146
3. Aufgaben und Befugnisse .....	147
IV. Abschließende Anmerkungen zur Rechtspolitik .....	147
C. Zwischenbilanz .....	148
<b>Kapitel 5: Endergebnis in Thesen .....</b>	<b>149</b>
<b>Anhang/Materialien .....</b>	<b>151</b>